



29. November 2025



Schon wieder ein Änderungsgesetz? Die 13. Änderung in 20 Jahren SGB II -

Stellungnahme der vbba im Rahmen der Verbände- beteiligung beim Gesetzgebungsverfahren

Im Rahmen der Verbändebeteiligung zum geplanten 13. SGB II-Änderungsgesetz hat die **vbba – Gewerkschaft Arbeit und Soziales** ihre zentralen Positionen eingebracht.

Dabei macht sie deutlich, dass insbesondere der Bereich Vermittlung seit Jahren durch politischen Aktionismus und ständig wechselnde Vorgaben {und „Zahlenwahnsinn“} belastet wird. Diese fortlaufenden Veränderungen erhöhen den Druck auf die Beschäftigten erheblich, da sie unter ständig wechselnden Bedingungen beraten und gleichzeitig hohe Erwartungen erfüllen müssen. Statt immer neuer Eingriffe brauche es **stabile Rahmenbedingungen**, die den Beschäftigten in den Jobcentern eine **verlässliche, professionelle und entlastende Arbeitsweise** ermöglichen.

Die Verschärfung von Leistungsminderungen wird von vielen Beschäftigten positiv wahrgenommen, jedoch birgt sie auch Gefahren. Die Erfahrungen der vergangenen Jahre zeigen, dass **verschärfte Sanktionen häufig zu mehr Diskussionen, Belastungssituationen und teils aggressivem Verhalten gegenüber den Mitarbeitenden** führen können. Aus Sicht der vbba ist daher klar: Solche Veränderungen sind nur dann verantwortbar, wenn zugleich ausreichende personelle und organisatorische Ressourcen bereitgestellt werden.

Vor diesem Hintergrund fordert die vbba deutlich mehr Personal und eine spürbare Erhöhung des Verwaltungskostenbudgets, damit Jobcenter rechtssicher, bürgernah und fachlich qualifiziert arbeiten können. Ohne ausreichende finanzielle und personelle Ausstattung droht eine Verschärfung der Konflikte sowie ein weiterer Imageverlust der Jobcenter.



Die ausführliche vbba-Stellungnahme finden Sie [hier](#) oder über den nebenstehenden QR-Code.

vbba – auch stark im SGB II

